

Die Alten brauchen ein neues System

Der Pflegenotstand ist wieder in aller Munde, aber in den Kliniken, nicht in den Seniorenheimen. Dabei wird die Lage auch dort immer prekärer. Ein Fachmann plädiert für einen Kurswechsel

Von Rainer Stadler

München – Peter Dürrmann arbeitet seit Jahrzehnten in der Altenpflege, bis vor Kurzem leitete er ein Seniorenzentrum in Niedersachsen. Er kennt die Probleme seiner Branche, die schwierigen Arbeitsbedingungen, das fehlende Personal – und all die gescheiterten Versuche der Politik, die Situation zu verbessern. Gerade in letzter Zeit wurden wieder viele Gesetze verabschiedet. Dürrmann fällt spontan das Pflegeförderungsstärkungsgesetz ein und die Pflicht der Einrichtungen, Beschäftigte nach Tarif zu zahlen. Trotzdem, sagt er, „ist die Stimmung in der Pflege mies“. Und die Zukunftsaussichten seien es auch.

Weg von der stationären Pflege, hin zur Versorgung in Wohnquartieren

Millionen Babyboomer, geboren in den späten Fünfzigern und frühen Sechzigern, gehen demnächst in Rente. Das bedeutet, dass in Deutschland absehbar viel mehr Menschen gepflegt werden müssen als die derzeit 4,2 Millionen, von denen gut 800.000 in Heimen leben. Und es heißt auch, dass diese Babyboomer auf dem Arbeitsmarkt fehlen werden. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sagt für 2035 über alle Branchen hinweg eine Lücke von sieben Millionen Fachkräften voraus. Deshalb befürchtet nicht nur Dürrmann in der Altenpflege einen noch größeren Personalnotstand als bisher. Der bayerische Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) warnt gar vor einer „humanitären Katastrophe“.

Wer die politische Diskussion verfolgt, gewinnt den Eindruck, dass derzeit viel unternommen wird, um Pflegekräften den Alltag zu erleichtern. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) schlug vor, die dramatischen Personalrücken auf Kinderstationen mit Beschäftigten aus der Erwachsenenmedizin zu stopfen. Es gab zunächst Protest, dennoch schichten Kliniken nun Personal um. Außerdem hat der Minister eine Krankenhausreform angestoßen, die darauf abzielt, die Zahl der Behandlungen, insbesondere der medizinisch fragwürdigen Eingriffe, in den Kliniken zu senken. Das soll auch das Pflegepersonal entlasten. Lauterbach hofft, dass dann weniger Beschäftigte frustriert den Beruf verlassen. Doch all diese Maßnahmen betreffen Kliniken. An den oft prekären Zuständen in der Altenpflege ändern sie nichts.

Nicht nur in der Politik werde dieser Notstand ignoriert, kritisiert Dürrmann, sondern auch in Verbänden und von Lobbyisten der Branche. Die Versorgung alter Menschen erfahre „keine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung“. Zumindest diesem Problem will Dürrmann nun begegnen. Er hat soeben mit Mitstreitern die Bundesaltenhilfervertretung (BAV) gegrün-

det. Zehn Fach- und Berufsverbände sowie Interessengruppen haben sich in dem Dachverband zusammengeschlossen, der sich allein um die Belange alter Menschen kümmern soll.

Doch der Kampf für die Alten dürfte schwer werden. Bisher lauten die gängigen politischen Rezepte gegen die Personalnot in der Pflege: besser bezahlen, den Beruf durch Akademisierung und eine breite Ausbildung aufwerten, Fachkräfte aus Indonesien, Mexiko oder Kosovo anwerben. Lauter Mittel, die vielleicht in der Krankenpflege ausreichen, sagt Dürrmann. Aber definitiv nicht in der Altenpflege, wo bereits jetzt Zehntausende Beschäftigte fehlen. Deshalb fordert der Experte einen radikalen Systemwechsel.

Trotz des dramatischen Personalmanagements bauten Träger neue Heime, weil sich damit Geld verdienen lässt, ärgert sich Dürrmann. Er plädiert für eine völlig neue Finanzierung: Alte und pflegebedürftige Menschen sollten selbst ein Versorgungsbudget erhalten – und damit ihren Heimplatz finanzieren oder auch die Nachbarn

bezahlen, die ihnen regelmäßig zur Hand gehen. Im Alltag vieler alter Menschen stellten sich nämlich häufig Fragen wie: „Wer bringt für mich den Mülleimer runter, wer kauft ein, wer führt den Hund spazieren?“ Für diese Hilfstätigkeiten brauche es keine akademisch ausgebildeten Pflegekräfte, sondern Familienangehörige, Freunde oder einfach nur hilfsbereite Menschen. „Pflege beginnt, wenn ich mir selbst nicht mehr die Zehennägel schneiden kann“, sagt Dürrmann.

Deshalb müssten die Städte und Gemeinden wieder die Verantwortung für die Pflege übernehmen, die ihnen der Bund mit Einführung der Pflegeversicherung abgenommen hat. „Die Kommunen wissen doch am besten, wo der Bedarf ist“, sagt Dürrmann. Und auch die Heime müssten sich davon verabschieden, die Universallösung für Pflegebedürftige zu sein. Als Alternative schweben dem diplomierten Sozialpädagogen Mietshäuser mit ambulanter Tagespflege sowie Unterstützung durch Verwandte und Ehrenamtliche vor. Auch Claudia Moll (SPD), die Pflegebeauftragte

der Bundesregierung, forderte kürzlich, Pflege neu zu denken. Moll war selbst Altenpflegerin und spricht sich für eine Abkehr von der stationären Pflege aus – hin zur Versorgung der Menschen in Wohnquartieren.

Dürrmann weiß, dass auch die ambulante Versorgung oft unterbesetzt ist. Seit Ausbruch der Pandemie haben reihenweise Sozialstationen geschlossen. Deshalb nehme die Zahl der Pflegebedürftigen zu, die allein zu Hause lebten, ohne jede Unterstützung. In der Vergangenheit wurden solche Menschen dann eben doch ins Pflegeheim eingewiesen. Doch Heimplätze seien schon jetzt knapp, deshalb fordert Dürrmann mehr Prävention und Rehabilitation für pflegebedürftig gewordene Menschen. Sie sollen so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden bleiben können.

Dass viele seiner Forderungen nicht neu sind, ist Dürrmann bewusst. Aber nun sei es Zeit zu handeln. Das Problem der alternen Gesellschaft sei seit Jahrzehnten bekannt. „Und wir haben es verschlafen, uns darauf vorzubereiten.“



Viele ältere Menschen brauchen Unterstützung und Pflege, ohne deswegen gleich ins Heim zu müssen.

FOTO: IMAGO